

Empfehlungen des KOK für die Koalitionsverhandlungen

Menschenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung und eine Straftat, die auf die Ausbeutung von Menschen abzielt. Mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans zur Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz der Betroffenen wurde ein wichtiger Grundstein für ein effektiveres Vorgehen gegen Menschenhandel gelegt.

Für die Koalitionsverhandlungen möchte der KOK zentrale Empfehlungen mitgeben, um Menschenhandel wirksam zu bekämpfen und Betroffene nachhaltig zu schützen:

Strategische Maßnahmen

- Verankerung einer konsequenten Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel und des Nationalen Aktionsplans gegen Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit als zentrale Priorität im Koalitionsvertrag, um präventive Maßnahmen effektiv auszubauen und den Schutz von Opferrechten zu stärken.
- Etablierung eines Nationalen Verweisungsmechanismus mit betroffenenensensiblem Ansatz, systematische Identifizierung und Schutz von Betroffenen im Bereich der Arbeitsausbeutung (v.a. in schwer erreichbaren Bereichen wie Privathaushalten, Pflege) sowie im Kontext von Flucht und Asyl.

Maßnahmen im Bereich Strafverfolgung

- Umfassende Reform der Menschenhandels- und Ausbeutungstatbestände i.S.d. §§ 232 ff. StGB zur effektiven Strafverfolgung.
- Stärkung der Rechte von Betroffenen im Strafverfahren
- Einführung einer Cybersicherheitsagenda, die den Schutz Betroffener und die Bekämpfung digitaler Gewalt umfasst.

Maßnahmen zum Opferschutz

- Über die konsequente Umsetzung des Gewalthilfegesetzes hinaus: Schaffung eines flächendeckenden Unterstützungs- und Unterbringungsangebots für Betroffene aller Ausbeutungsformen.
- Sicherung von Aufenthaltsrechten, Lebensunterhalt und Zugang zum Recht für Betroffene, spezifische Maßnahmen für minderjährige Betroffene.
- Stärkung und nachhaltige Förderung einer unabhängigen Zivilgesellschaft durch finanzielle und programmatische Unterstützung.

Diese Empfehlungen leiten sich aus den Forderungen zur Bundestagswahl ab. Der [umfassende Forderungskatalog](#) bietet weiterführende Einzelforderungen sowie die Hintergründe zu diesen Empfehlungen.